



Die Rückkehr der Geopolitik? Möglichkeiten und Limitation geopolitischer Analysen

Clemens Binder

Saskia Stachowitsch

Arbeitspapier 105 / August 2019

Arbeitspapier verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung.

Keywords:

Geopolitik, USA, China, Russland, Krim-Krise, Grenzpolitik, Südchinesisches Meer

Clemens Binder, MA ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip und Doktorand am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Wien. Für die Durchführung seines Doktorats wurde ihm das DOC-Stipendium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zuerkannt. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit dem Zusammenhang Europäischer Grenzpolitik und EU-Forschungsprogrammen. Seine Fachgebiete umfassen außerdem Sicherheit und Technologien, digitale Sicherheit und kritische Ansätze zu Sicherheit und Internationaler Politik.

Uni.-Prof. Dr.ⁱⁿ Saskia Stachowitsch ist wissenschaftliche Leiterin des Österreichischen Instituts für Internationale Politik sowie Professorin für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u.a. kritische Sicherheits- und Militärforschung, Privatisierung von Sicherheit, private Sicherheits- und Militärfirmen, Frauenintegration ins Militär, EU Grenzsicherheit und transnationale Akteure (z.B. Frontex).

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2018

Zusammenfassung

Dieses Arbeitspapier beschäftigt sich mit der Frage, ob Geopolitik als Perspektive auf internationale Beziehungen, Prozesse und Konflikte sowohl von Seiten politischer Akteure als auch innerhalb der wissenschaftlichen Debatte wieder dominanter wird. Geopolitik beschreibt dabei die Rolle von Geographie, meist verstanden im Sinne von Territorialität, Ausweitung von Einflussphären und Zugang zu Ressourcen, als Motor von politischen Handlungen in der internationalen Politik. Basierend auf aktuellen Debatten über die „Rückkehr der Geopolitik“, welche in den vergangenen Jahren besonders von den USA ausgingen, erörtern wir traditionelle und kritische Zugänge zur Geopolitik und evaluieren ihren Erkenntnisgewinn. Anhand dreier Fallstudien (Krise in der Ukraine, Konflikt im Südchinesischen Meer, Grenzpolitik) untersuchen wir die Möglichkeiten, aber auch die Limitationen geopolitischen Denkens und legen dar, welche anderen Perspektiven in die Analyse integriert werden müssen, um aktuelle Transformationen im internationalen System umfassend verstehen und erklären zu können.

Inhaltsverzeichnis

Geographie als Motor politischen Handelns.....	5
Was ist „Geopolitik“? Traditionelle und kritische Sichtweisen	6
„Rückkehr der Geopolitik“: Aktuelle Debatten	8
Konjunkturen des geopolitischen Denkens.....	10
Fallstudien	11
Ukraine: Militarisierte Geopolitik vs. Identitätspolitik als geopolitisches Instrument.....	12
Südchinesisches Meer: Territorium und Ökonomie – die Problematik unklarer Grenzziehung.....	14
Grenzsicherheit im 21. Jahrhundert: Auflösung des geopolitischen Primats in der Grenzpolitik	16
Conclusio	19
Literatur.....	20

Geographie als Motor politischen Handelns

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen beschäftigt sich seit jeher mit Fragen der Weltordnung, internationalen Kräfteverhältnissen, zentralen Akteuren im internationalen System und der daraus resultierenden Beschaffenheit von Konflikten. Welche Rolle dabei Staaten und Machtblöcke einnehmen, wie das Verhältnis zwischen lokalen und globalen Gegebenheiten aussieht und welche Handlungsoptionen sich daraus für einzelne Akteure ergeben, sind in diesem Forschungsfeld wichtige Debattenstränge. Eine Debatte, die in den letzten Jahren sowohl Wissenschaft als auch Politik beschäftigt hat, ist jene um die angeblich wiedererstarkende Bedeutung von „Geopolitik“ als wissenschaftliche Analyseebene und außenpolitischer Strategiefokus, um internationale Beziehungen, Prozesse und Konflikte zu verstehen und zu gestalten (Ikenberry 2014, Mead 2014, Kagan 2016).

Vereinfacht gesagt ist „Geopolitik“ eine Perspektive, die die Rolle von Geographie, meist im Sinne von Territorialität und Zugang zu Ressourcen, als Motor politischen Handelns hervorhebt. Diese Perspektive war in der Vergangenheit stets Konjunkturen unterworfen, die sich aus Trends in der Forschung und den politischen Kontexten ergeben haben. Folgten die Theorien und Strategien in der Zeit des Kalten Krieges dem Primat der Geopolitik, d.h. waren in erster Linie auf das Verhalten der großen Widersacher USA und UdSSR im Rahmen der bipolaren Weltordnung gerichtet, fand nach Ende der Blockkonfrontation eine gewisse Abwendung von Geopolitik als übergeordnetes Erklärungsmuster statt. Lokalen und regionalen Verhältnissen sowie ethnonationalen und religiösen Spannungen wurde vermehrt Aufmerksamkeit zuteil. Nach den Terroranschlägen in New York und Washington D.C. im September 2001 verloren staatszentrierte geopolitische Analysen weiter an Bedeutung. Man ging von einer unipolaren Weltordnung aus, in der der einzige Hegemon USA von nicht-staatlichen, terroristischen Kräften herausgefordert wird, die nicht primär auf territoriale Ausweitung gerichtet sind.

Die 2010er Jahre sahen hingegen wieder eine verstärkte Bezugnahme auf das Konzept und die Denkweisen von Geopolitik, sowohl in der Analyse des Weltgeschehens, als auch in den außen- und sicherheitspolitischen Strategien mächtiger Staaten. Dieser Trend ergab sich teilweise aus Entwicklungen wie der erstarkenden und sich zunehmend in Konkurrenz zum Westen definierenden Rolle Chinas und, in geringerem Maße, Russlands. Im Westen, insbesondere in den USA, wurde dies als Bedrohung der liberalen Weltordnung und von einflussreichen Beobachtern wie Walter Russell Mead als „Rückkehr der Geopolitik“ interpretiert (Mead 2014). Mead forderte damit eine ebenfalls stärker geopolitisch orientierte Außenpolitik der US-Regierung, auch als Kritik am multilateralen und kooperativen Kurs der Obama-Administration. Mit dem Politikwissenschaftler John Ikenberry (2014) wurden in die Debatte aber auch Sichtweisen eingebracht, nach denen Geopolitik in Einklang mit liberalen Ansätzen gebracht

werden kann und nicht mit einem staatszentrierten Verständnis und einem Fokus auf „hard power“ gleichgesetzt werden muss (siehe unten). Diese Debatten sind vor dem Hintergrund eines befürchteten Endes der US-Hegemonie im internationalen System zu betrachten und stark von der Deutungsmacht des Westens bzw. der USA geprägt. Eine vergleichbare Hinwendung zur geopolitischen „Brille“ ist aber auch bei den anderen wichtigen Akteuren im Staatensystem, wie beispielsweise Russland, zu beobachten (Clover 2016).

In diesem Arbeitspapier werfen wir einen kritischen Blick auf das Konzept der Geopolitik, seine Begriffsgeschichte und Anwendungen und loten das analytische und strategische Potential geopolitischer Betrachtungsweisen sowie Erklärungsmuster aus. Unter Rückgriff auf Zugänge aus der kritischen Geographie (Agnew 1994, 2003, Dodds 2005, Ó Tuathail 1996, Squire 2011) beleuchten wir die Machtverhältnisse hinter geopolitischen Aussagen und argumentieren gegen eine geopolitische Verengung bei der Analyse aktueller Konflikte und Transformationen im internationalen System. Dabei gilt es nicht, die Bedeutung geopolitischer Sichtweisen zu negieren, sondern Geopolitik im Zusammenspiel mit anderen Faktoren, wie lokalen Verhältnissen oder Identitätsfragen, zu betrachten. Besonders für einen Kleinstaat wie Österreich, der selbst wenig geopolitisches Gewicht hat, aber etwa im Rahmen der EU sehr wohl auf Konflikte und Prozesse in seiner Nachbarschaft einwirken kann, ist eine umfassende Analyse auf mehreren Ebenen und unter Zuhilfenahme verschiedener theoretischer Zugänge notwendig. Dies zeigen wir anhand von drei Beispielen (Ukraine-Krise, Südchinesisches Meer, Grenzpolitik) auf, die klassische geopolitische Elemente wie Territoriumsgewinn, Grenzkonflikte und die Schaffung von Einflussphären enthalten, aber dennoch durch diese nicht gänzlich erfassbar sind. Um der Verschränkung geopolitischer und anderer Motive gerecht zu werden, bedarf es in den besprochenen Fällen daher der Inklusion von interdisziplinären Ansätzen, beispielsweise aus der kritischen Geographie, der Nationalismusforschung oder den Border Studies.

Was ist „Geopolitik“? Traditionelle und kritische Sichtweisen

Das Konzept der Geopolitik besitzt in der wissenschaftlichen und politischen Debatte große Legitimität, obwohl eine allseits gültige Definition weitgehend fehlt. Im traditionellen Sinne beschäftigt sich Geopolitik mit dem Staat, seinen Grenzen und seinem Wirken darüber hinaus sowie seinem Verhältnis zu anderen Staaten (Heffernan 1998, Dodds 2005). Nach diesem Verständnis versuchen Staaten über ihre

Grenzen hinaus Macht auszuüben, um formal oder informell Kontrolle über weniger entwickelte Regionen und ihre Ressourcen zu bekommen und dabei andere große Mächte in ihrem Streben nach globaler oder regionaler Vormachtstellung zu überholen (Agnew 2003).

Historisch betrachtet beschreibt Geopolitik die Idee vom globalen Agieren einzelner Staaten. Der Ursprung dieser Idee liegt wiederum in der „Entdeckung“ der Welt durch europäische Mächte, der Wahrnehmung dieser Welt als Einheit und der Entwicklung des Territorialstaates als politisches Ideal (Agnew 2003). Konzeptuell ist Geopolitik daher eng mit dem europäischen Kolonialismus und Imperialismus verbunden und spiegelt die eurozentristische Sichtweise der europäischen Kolonialmächte wider, denn geographische Ausbreitung war die materielle Grundlage des Aufstiegs Europas und später der USA (Dodds 2005). Der Begriff „Geopolitik“ entstand Ende des 19. Jahrhunderts, als mächtige europäische Staaten zunehmend in einen Wettbewerb miteinander traten. Der schwedische Politikwissenschaftler Rudolf Kjellén prägte ihn 1899; er begründete damit einen Zugang, bei dem es in erster Linie darum ging, aus Sicht eines bestimmten Staates global zu denken und globales Handeln für diesen anzuleiten. Darauf aufbauend entstand die Vorstellung hierarchisch angeordneter geographischer Ebenen (global, international, national, regional), deren Zusammenhänge immer stärker aus dem Analysefokus internationaler Politikforschung verschwanden (Agnew 2003).

Im Vergleich zu diesen klassischen Zugängen sehen kritische Ansätze in der Geopolitik keine objektiv feststellbare Ebene des Weltgeschehens, die analytisch von anderen getrennt werden kann. Vielmehr ist es eine Sichtweise auf die Welt, die ihr Augenmerk auf geographische Faktoren (geographische Lage, Territorium, Zugang zu Ressourcen) und ihre Bedeutung für nationale und internationale Politik legt (Dodds 2005). Territorium und staatliche Macht werden dabei meist zusammengedacht, auch wenn sie in der Realität oft nicht deckungsgleich sind oder sogar weitgehend voneinander entkoppelt sein können (Sassen 2013). In der kritischen Geopolitikforschung geht es daher darum, Machtverhältnisse innerhalb geopolitischer Aussagen und territorialer Vorstellungen zu identifizieren und jene Praktiken und Repräsentationen zu untersuchen, die mächtigen Akteuren ermöglichen, Kontrolle über Territorium und Ressourcen zu erlangen und zu legitimieren (Ó Tuathail 1996). Geopolitische Imaginationen haben dabei nie vollständige Macht über die Entwicklung der Weltpolitik, aber sie erzeugen Bedeutungen und bieten Rationalisierungen für die Praktiken der politischen Eliten (Agnew 2003). Obwohl die Sichtweise der Geopolitik daher oftmals als besonders objektiv und neutral angenommen wird, ist sie mit der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes und seinen Interessen eng verbunden. Geopolitische Denker beraten in der Regel ihre eigenen nationalen Regierungen und streben danach,

mit ihrer geopolitischen Analyse den jeweiligen außenpolitischen Kurs anzuleiten. Geopolitische Aussagen und Theorien können daher nie losgelöst von Machtverhältnissen begriffen werden, denn sie begründen spezifische Politiken und Praktiken, bis hin zu militärischen Interventionen (Dodds 2005).

„Rückkehr der Geopolitik“: Aktuelle Debatten

Einen Kristallisationspunkt aktueller US-amerikanischer Debatten über eine wiedererstarkende Bedeutung von Geopolitik fand in der Zeitschrift *Foreign Affairs* statt, ausgehend von einem Artikel von Walter Russel Mead, Professor am Bard College. Mead sprach dezidiert von einer „Rückkehr der Geopolitik“ und behauptete, dass althergebrachte Machtspiele einmal mehr die internationale Politik bestimmen würden (Mead 2014). Die USA und die EU wollten hingegen eigentlich über klassische geopolitische Fragen zu Territorium und militärischer Macht hinausgehen und sich der Gestaltung von „global governance“ zuwenden, etwa bei Fragen von Handelsliberalisierung, nuklearer Abrüstung, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel. Der Westen wollte, so Mead, weg von Nullsummenspielen und hin zu Win-Win-Situationen. Laut dem Autor hätten sich die westlichen Mächte aber in ihrer Interpretation des Zerfalls der Sowjetunion geirrt: Dieser bedeutete nämlich lediglich den ideologischen Triumph des liberalen Kapitalismus über den Kommunismus, nicht aber das Ende von geopolitischer „hard power“. China, Iran und Russland, die Mead als „revisionistische Kräfte“ bezeichnet, hätten die geopolitische Neuordnung der Welt nach dem Kalten Krieg nicht akzeptiert und würden nun kontinuierlich versuchen, diese zu unterlaufen. Die USA hätten demnach fälschlicherweise die Abwesenheit ernsthafter geopolitischer Herausforderungen angenommen und auf dieser Fehlannahme aufbauend dramatische Kürzungen bei Militärausgaben und Entwicklungshilfe durchgeführt, gleichzeitig aber weiterhin vom globalen ökonomischen System profitiert. Damit verbindet Mead eine starke Kritik an der US-Außenpolitik der Obama-Administration.

Meads Position blieb unter seinen Kollegen nicht unwidersprochen. John Ikenberry von der Princeton University warf Mead vor, die von ihm als revisionistisch bezeichneten Staaten falsch einzuschätzen (Ikenberry 2014). Diese seien nicht mehr als gelegentliche Störenfriede, die selbst stark in die Weltökonomie und die internationalen Institutionen eingebettet sind. Sie hätten keine großen Visionen für eine alternative Weltordnung und trachteten auch nicht danach, eine solche zu entwickeln. Im internationalen Feld seien sie in erster Linie auf der Suche nach Handelsbeziehungen und Ressourcen, strebten nach dem Schutz ihrer Souveränität und, wenn möglich, nach regionaler Dominanz. Auch das Verhalten der USA hätte Mead falsch interpretiert, denn diese würden sich nicht für „global governance“

einsetzen, weil sie Geopolitik als obsolet bewerteten, sondern genau, weil sie damit den „Wettbewerb zwischen den Großmächten managen“ wollen. Dabei setzten sie auf Allianzen, Partnerschaften, Multilateralismus und die Förderung der Demokratie als Instrumente ihres Leaderships und seien äußerst erfolgreich im Umgang mit den geopolitischen Themen des 21. Jahrhunderts. Ikenberry bringt damit eine etwas andere Definition von Geopolitik in die Debatte ein, die diese nicht mit „hard power“ und militärischen Mitteln gleichsetzt, sondern geopolitisches Denken in Einklang mit partnerschaftlichen Zugängen bringt.

Ein weiterer Beitrag zu dieser Debatte, wenn auch nicht direkt in Bezug auf die Mead-Ikenberry-Kontroverse, ist jener des bekannten Politologen Robert Kagan, der die Frage des geopolitischen Verhaltens mächtiger Staaten mit der globalen Demokratieentwicklung in Verbindung bringt (Kagan 2015). Kagan argumentiert, dass die Demokratie weltweit auf dem Rückzug ist, da demokratische Mächte ihr geopolitisches Engagement einschränken. Derzeit ginge die meiste Energie im internationalen System von Russland und China aus sowie von religiös-autoritären Regimen. Ein Nebeneffekt davon sei der weltweit zu beobachtende Zusammenbruch von weniger gefestigten Demokratien. Kagan stellt zwar nicht in Abrede, dass Demokratisierungsbewegungen aus regionalen Verhältnissen heraus entstehen, aber er behauptet, dass ihr Erfolg stark von den Machtverhältnissen auf internationaler Ebene abhängt. Die Durchsetzungskraft demokratischer Normen fußt im Endeffekt auf dem Einsatz mächtiger Staaten für diese. So sei die NATO-Erweiterung untrennbar mit der Demokratisierung in Zentral- und Osteuropa verbunden, einem Trend, der stark vom Bestreben dieser Staaten getragen war, sich unter den Sicherheitsschirm der USA zu begeben. Die Erfolgsaussichten von Demokratie seien demnach unter einer liberalen Weltordnung am besten. Kagan wendet dabei ein Verständnis von Geopolitik an, das diese als den Wunsch von Staaten interpretiert, das internationale System nach ihrem Vorbild zu formen. Das bedeutet in weiterer Folge, dass Demokratien nach geopolitischer Vormachtstellung streben müssen, wenn Demokratie weltweit gefördert werden soll.

Bei allen besprochenen Beiträgen aus dieser Debatte wird deutlich, dass es nicht lediglich um eine Analyse des aktuellen Ist-Zustandes in der internationalen Politik geht, sondern immer auch um eine Stellungnahme zum aktuellen außenpolitischen Kurs der US-Regierung. Die Rede von der Geopolitik ist daher immer auch interessensgeleitet und muss besonders im US-Kontext, in dem wissenschaftliche Analyse und Politikberatung eng miteinander verknüpft sind, im Zusammenspiel mit den außenpolitischen Ambitionen der jeweiligen Regierung interpretiert werden. Was ebenfalls deutlich wird, ist, dass die Definitionen von Geopolitik unterschiedlich sind. Manche setzen sie mit „hard power“ gleich, während andere darunter das Streben nach globaler Vormachtstellung oder auch den Einsatz kooperativer

Mittel im Sinne eines globalen Leaderships verstehen. Welche Transformationen in den internationalen Beziehungen durch diese Beiträge angesprochen werden, ist daher ebenfalls unterschiedlich. In den meisten Fällen impliziert das Narrativ von der Rückkehr der Geopolitik aber eine Rückkehr des Staates als zentrale Entität, welche in Konkurrenz mit anderen Staaten die Dynamik im internationalen System bestimmt.

Konjunkturen des geopolitischen Denkens

Die letzte Hochblüte geopolitischer Interpretationen des Weltgeschehens liegt in der Zeit des Kalten Krieges, als die Block-Konfrontation zwischen den Großmächten USA und UdSSR und ihrer jeweiligen Verbündeten den Hauptfokus internationaler Politikforschung und -beratung bildete. Die Aufteilung der Welt in konkurrierende Einflussphären auf der Basis souveräner Nationalstaaten bestimmte die Sichtweise auf die Weltpolitik, aber auch auf regionale Verhältnisse und Konflikte, sofern diese überhaupt Berücksichtigung fanden. Das Ende des Kalten Krieges drängte die Dominanz dieser geopolitischen „Vogelperspektive“ zurück, denn viele Gewissheiten, von denen die Politik und die Disziplin der Internationalen Beziehungen ausgegangen waren, lösten sich zunehmend auf: Einerseits die bipolare Weltordnung auf Basis einander militärisch, ideologisch und wirtschaftlich feindlich gegenüberstehender Machtblöcke, andererseits die Zentralität von Staaten für die Gestaltung der Weltpolitik. Andere Akteure, wie transnationale Unternehmen, internationale Organisationen, NGOs oder terroristische Vereinigungen wurden wichtiger für die Dynamiken und das Verständnis internationaler Politik. Durch die verringerte Rolle souveräner Nationalstaaten wurde auch die Geopolitik als allem übergeordnete Logik weniger bedeutsam. Gleichzeitig wurden regionale Konflikte im neuen Lichte betrachtet, vor allem jene, die mit dem Ende der Blockkonfrontation zusammenfielen oder sogar von jenem mit ausgelöst worden waren. Der Zerfall Jugoslawiens legte etwa eine Betrachtungsweise nahe, die regionale, nationale und globale Faktoren in ihrem Zusammenspiel betrachtete. Denn lokale, interne Verhältnisse waren für den Verlauf und die Ergebnisse der Konflikte ebenso entscheidend, wie die geopolitischen Interessen der involvierten Großmächte (Agnew 2004).

In den Theorien der Internationalen Beziehungen bildeten sich diese Veränderungen in einer Abwendung von staatenzentristischen Zugängen ab, wie sie in Theorien der Globalisierung, der Weltsystemtheorie oder den einflussreichen, dezidiert anti-territorialen Visionen vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) und dem „Kampf der Kulturen“ (Huntington 1996) zum Ausdruck kamen. Dieser Trend verstärkte sich nach den Terroranschlägen in den USA im September 2001. Durch diese wurde

noch deutlicher, dass terroristische Netzwerke die Konzepte der modernen Geopolitik, die auf der Idee von Nationalstaaten und territorialen Einflussphären aufbaute, in Frage stellten (Dodds 2005). Analysen gingen nun von einer weitgehend unipolaren Weltordnung aus, in der die USA als einzige Weltmacht verbleibt und von einer gewaltsamen Opposition ohne Anbindung an einen einzelnen Staat herausgefordert wird. Die US-Politik hat dennoch die Entkoppelung des „War on Terror“ von territorialen Fragen nicht gänzlich geschafft und als Reaktion auf die Angriffe von 9/11 gegen bestimmte Staaten relativ konventionelle Kriege mit dem Ziel des Regimewechsels geführt. In der von George W. Bush proklamierten „Achse des Bösen“ wurde die Bedrohungslage zwar in einer Form visualisiert, die verschiedene vorher kaum gemeinsam gedachte und geographisch unterschiedlich gelagerte Akteure vereinte, sich aber nicht von einer territorialstaatlichen Sichtweise verabschiedete.

Klassische geopolitische Überlegungen mit ihrer Staatszentriertheit und ihrem Fokus auf Einflussphären, Ressourcen und militärische Konkurrenz sind seit einiger Zeit wieder auf dem Vormarsch (Mead 2014, Kaplan 2015). Dies hat besonders mit der Wahrnehmung von China, und in geringerem Maße Russland, als geopolitische Herausforderer der USA zu tun. Robert Kagan schließt daraus, dass nicht „counterinsurgency wars“ die wichtigste militärische Bedrohung für die USA darstellen. Vielmehr befinden sich die Vereinigten Staaten in einem neuen Kalten Krieg mit China, bei dem es in erster Linie um maritime Einflussgebiete, vor allem im Südchinesischen Meer geht (Kaplan 2019). Die USA benötigen daher in Anlehnung an den Kalten Krieg eine neue Containment-Strategie gegen China und die anderen „revisionistischen“ Kräfte (Mandelbaum 2019). Für eine umfassende Analyse der geopolitischen Perspektiven und Strategien der US-Regierung unter Donald Trump ist es noch zu früh. Zahlreiche Kommentatoren sehen aber in seinem außenpolitischen Weltbild eine verstärkte Hinwendung zu einem staatenzentrierten Verständnis, das von der internationalen Politik als Nullsummenspiel ausgeht und in vielen Fragen auf „hard power“ setzt (Overhaus 2017).

Fallstudien

Um zu illustrieren, welche unterschiedlichen Betrachtungsweisen geopolitische Zugänge ermöglichen bzw. auch verstellen können, erläutern wir anhand dreier aktueller Beispiele die verschiedenen Aspekte von Geopolitik, ihrer Potentiale und Limitationen. Trotz einiger Gemeinsamkeiten in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht, legt jede einzelne Fallstudie ein distinktives Verständnis von Geopolitik nahe. Zusätzlich zeigen die gewählten Fälle, welche Verengungen durch eine rein geopolitische Linse entstehen und wie Geopolitik mit anderen analytischen Zugängen zusammengedacht werden

kann. Vor allem traditionelle Ansätze der Geopolitik greifen in den verschiedenen aktuellen Fällen zu kurz, weshalb diese mit kritischen, interdisziplinären Ansätzen kombiniert werden sollten, um die komplexen politischen Prozesse und Praktiken der Gegenwart besser zu verstehen. Dies illustrieren wir anhand des Konflikts in der Ukraine, speziell um die Krim und den Donbass, die Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer und die Grenzsicherheitspolitik, vor allem im EU-Kontext.

Ukraine: Militarisierte Geopolitik vs. Identitätspolitik als geopolitisches Instrument

Die seit 2014 anhaltende Krise in der Ukraine, die durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und den bewaffneten Konflikt im Donbass ausgelöst wurde, gilt in den oben angeführten Debatten (Ikenberry 2014, Mead 2014) als Ausdruck der „Rückkehr der Geopolitik“. Eine verbreitete Interpretation der Krise ist, dass Russland befürchtete, nach dem Sturz der verbündeten Regierung von Wiktor Janukowitsch würde Kiew eine stärkere Orientierung Richtung EU und NATO vollziehen und deshalb müssten strategisch wichtige Zugänge zum Schwarzen Meer, wie etwa der russische Marinestützpunkt in Sewastopol, gesichert werden (Biersack und O’Leary 2014). Dies ist eine Erklärung durch eine traditionelle geopolitische Linse – Russlands primäres Ziel in diesem Verständnis ist es, einen geostrategisch wichtigen Zugang zu einer Region (in diesem Fall das Schwarze Meer) zu erhalten, auch wenn dieser auf fremdem Territorium liegt. Hier zeigt sich auch die Problematik, internationale Beziehungen auf Territorien zu reduzieren. Die Krim ist zwar (völkerrechtlich gesehen) nach wie vor ukrainisches Territorium, Russland konnte allerdings zuvor schon militärische Macht durch die Marinebasis ausüben und steigerte diese dann während der Annexion der Krim zu einer Okkupation. Die Krim illustriert daher die von Sassen (2013) beschriebene Diskrepanz zwischen Territorium und politischer Macht, da bereits vor der Annexion die militärische Souveränität der Ukraine eingeschränkt war, was dann zu einer Machtverschiebung im Zuge der Annexion geführt hat.

Dass es just in zwei postsowjetischen Staaten in den vergangenen Jahren zu sezessionistischen Konflikten kam (die Ukraine-Krise und der 5-Tage Krieg in Georgien im Jahr 2008, in dem Russland die Regionen Abchasien und Südossetien annectieren wollte), ist laut Ferguson (2018) auch geopolitisch zu erklären. Er spricht hier – im Kontext der Ukrainekrise - von Einflussosphären, die für die großen Blöcke der EU bzw. NATO auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite von strategischer Signifikanz sind. Die Ukraine, so Ferguson, ist in diesem Fall Opfer ihres „geopolitischen Unglücks“, durch welches sie oftmals als Pufferzone zwischen zwei rivalisierenden Großmächten wahrgenommen wird. Aus diesem Grund ist der Konkurrenzkampf um den Einfluss auf die Ukraine groß. Götz (2015)

beschreibt die geopolitischen Bedenken Russlands als die treibende Kraft hinter der russischen Ukrainepolitik, insbesondere da Russland eine Annäherung der Ukraine an die EU als „trojanisches Pferd“ (ibid.: 4) für einen NATO-Beitritt des osteuropäischen Staates ansah.

Auf dieser Annahme basierend formulierte auch der US-amerikanische Politologe John Mearsheimer in einem viel beachteten Artikel seine Kritik, wonach an der Ukrainekrise der Westen Schuld sei (Mearsheimer 2014). Mearsheimer argumentierte, dass Russland sich durch die Erweiterung des Einflussbereichs von EU und NATO (beispielsweise durch die Beitritte der baltischen Staaten) als Bedrohung wahrnahm. Als Reaktion darauf annektierte Russland die Krim und unterstützte secessionistische Bewegungen im Donbass, um seinen Einfluss in der Ukraine abzusichern. Da die Ukraine, wie auch von Ferguson (2018) hervorgehoben, oft als Pufferzone zwischen diesen Blöcken wahrgenommen wurde, war Russland besonders alarmiert und reagierte aus diesem Grund mit militärischen Maßnahmen.

Durch diese Analyse lässt sich erkennen, inwiefern die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass als „Rückkehr der Geopolitik“ bezeichnet werden können. Es geht um geostrategische Zugänge zu wichtigen Territorien und militärische Einflussgebiete und Bedrohungen. Allerdings können diese traditionellen geopolitischen Zugänge nicht erklären, auf welchen inneren Erklärungsmustern die Konflikte beruhen und warum beispielsweise die Bevölkerung der Krim keinen größeren Widerstand gegen die Annexion leistete. Wie Biersack und O’Leary (2015) zeigen, nutzte Russland identitätspolitische Diskurse, um das Territorium der Krim als „russisch“ zu definieren und im Donbass, einer Region mit einer großen russischen Mehrheit, die Regierung in Kiew als antirussisch darzustellen, um eine anti-ukrainische Stimmung zu erzeugen. Dies wurde in der Öffentlichkeit oft als Desinformationsstrategie bezeichnet. Diese Analyse greift aber zu kurz. Tatsächlich spielt Identität eine wichtige Rolle in der Ukrainekrise, wenn auch Russland Identitätspolitik als Mittel für seine geopolitischen Interessen einsetzte. Doch ein wichtiger Auslöser der Sezessionsbestrebungen im Donbass war die Rücknahme eines Gesetzes zum Schutz der russischen Sprache als Amtssprache durch die Übergangsregierung nach dem Rücktritt von Wiktor Janukowitsch. Identität ist, wie Benedict Anderson in seiner Analyse von Nationen als „imagined communities“ (1983) beschreibt, immer mit Territorien verbunden. Wenn sich Gemeinschaften um verschiedene Symbole konstituieren, geschieht dies innerhalb von Territorien. Im Fall der Ukraine stehen sich zwei Identitätskonstruktionen, eine ukrainische und eine russische, auf einem Territorium gegenüber. Der ukrainischen Identitätskonstruktion ist eine skeptische Haltung gegenüber Moskau inhärent, auch aus historischen Gründen, beispielsweise aufgrund der durch Josef Stalin in den 1930er-Jahren verschuldeten Hungersnot (Holodomor). Daraus resultiert ein starkes Streben Richtung Westen. Der russischen Identitätskonstruktion hingegen ist ein Verständnis des Westens als Invasor eingeschrieben, daher wird eine Hinwendung zu Moskau als Zukunft der Ukraine dargestellt. Der Fall

der Ukraine unterstreicht damit deutlich, dass Geopolitik nicht ohne Identitätspolitik verstanden werden kann.

Die Krise in der Ukraine diene zwar oftmals als Ausgangspunkt für Debatten über die Rückkehr der Geopolitik, besonders in Bezug auf Großmachtspolitik, ein rein geopolitisches Verständnis würde jedoch viele lokale und regionale sowie historische Gegebenheiten ignorieren. Die Ukrainekrise hat zwar bewiesen, dass Geopolitik nach wie vor eine Rolle insbesondere in der Außenpolitik von Staaten spielt, diese jedoch nicht nur auf Basis von Territorien und Grenzen verstanden werden kann (siehe auch Agnew 1994).

Wie auch im folgenden Fall des Südchinesischen Meeres spielen ökonomische Faktoren in der Ukraine eine wichtige Rolle. Einerseits eröffnet der Zugang zum Schwarzen Meer nicht nur militärische, sondern auch ökonomische Vorteile, andererseits stellt die Ukraine einen wichtigen Absatzmarkt für russische Produkte dar – speziell der Donbass. Diese Aspekte waren zwar in der öffentlichen Debatte nicht dominant, repräsentieren aber eine spezifische Form der Geopolitik, welche in der nächsten Fallstudie genauer beschrieben wird.

Südchinesisches Meer: Territorium und Ökonomie – die Problematik unklarer Grenzziehung

Das Südchinesische Meer, begrenzt von China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, Indonesien und den Philippinen, gilt als eine der rohstoffreichsten maritimen Regionen der Welt. Zahlreiche noch unentdeckte Erdöl- und Erdgasvorkommen haben einen Wettlauf um den Zugriff auf diese Ressourcen hervorgerufen und dadurch eine Konfliktsituation geschaffen, in welcher die Anrainerstaaten konkurrierende Gebietsansprüche formulieren. Insbesondere China verfolgt hier ein starkes geopolitisches Interesse und erhebt Anspruch auf den Großteil des Südchinesischen Meeres; dies sei ein „Kerninteresse Chinas“ (Kaplan 2015: 10). China begründet die Ansprüche insbesondere historisch, da das Südchinesische Meer in der chinesischen Wahrnehmung seit Jahrhunderten unter chinesischer Herrschaft steht. Als Grundlage dafür dient die sogenannte „Neun-Punkte-Linie“, welche die Ansprüche Chinas definiert (Volksrepublik China 2009). Andere Anrainerstaaten fühlen sich durch Chinas Expansionismus bedroht und erheben eigene Ansprüche – auch mit Erfolg, wie beispielsweise ein Schiedsgerichtspruch aus dem Jahr 2016 zeigt (New York Times, 2016). In diesem wurde einer Klage der Philippinen Recht gegeben, nach der China philippinisches Territorium verletzt habe. Ebenso spielen die USA eine wichtige Rolle, da sie ihre südostasiatischen Verbündeten als Bollwerk gegen den chinesischen Machtaufbau betrachten.

Dies führt immer wieder zu Spannungen, zuletzt im Mai 2019 (The Guardian 2019), als ein US-Kriegsschiff in die chinesische „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ) eindrang. Der Konflikt im Südchinesischen Meer illustriert daher die Bedeutung von Geopolitik im Zusammenhang mit dem Zugang zu ökonomischen Ressourcen und den daraus resultierenden Auseinandersetzungen.

Die Rahmenbedingungen für maritime territoriale Dispute, welche beispielsweise auch auf die Situation im Schwarzen Meer (siehe oben) zutreffen, basieren auf der UN-Seerechtskonvention (UNCLOS)¹, welche die Rechtsansprüche von Staaten auf maritime Gebiete regelt. Die Problematik von UNCLOS ist jedoch, dass wichtige Staaten, wie die USA, die Konvention nie ratifiziert haben und damit die Legitimität einschränken. Dennoch agieren die meisten Staaten auf Basis der Seerechtskonvention. Relevant ist insbesondere die Regelung bezüglich der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) und des Kontinentalsockels. Jeder Staat kann eine AWZ innerhalb von 200 Seemeilen von der Küste beanspruchen, in welcher er das uneingeschränkte Recht auf die Extraktion aller ökonomischen Ressourcen besitzt. Für jede AWZ, die über die Distanz von 200 Seemeilen hinausgeht, kann ein Staat den Kontinentalsockel beanspruchen – dieser Anspruch muss allerdings von der UN-Kommission CLCS² auf Basis wissenschaftlicher Untersuchungen bestätigt werden. Die Problematik von UNCLOS ist, dass es die verschiedenen AWZs nicht klar begrenzt und so oftmals Überschneidungen bei den Ansprüchen bestehen. Da UNCLOS keinen Mechanismus zur Grenzziehung hat, müssen diese konkurrierenden Ansprüche auf bilateraler Ebene geklärt werden, was oftmals zu Konflikten führt (Binder 2017).

Im spezifischen Fall des Südchinesischen Meers und der expansiven Politik Chinas hat UNCLOS eine wichtige geopolitische Bedeutung. Die Regulierung der Ansprüche führt zu einer Konkurrenz um die ökonomischen Ressourcen. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um Rohstoffe, sondern auch um die Nutzung von Handelsrouten. Chinas ökonomische Initiative der „Maritimen Seidenstraße“ (Blanchard und Flint 2017), welche eine Seehandelsroute von China bis Europa schaffen soll, basiert auf dem Zugriff Chinas auf die Straße von Malakka, eine der wichtigsten Handelsrouten Südostasiens, welche zwischen Singapur und Malaysia liegt. Die chinesischen Ansprüche resultieren aus einer ökonomischen Strategie – Geopolitik wird somit zum ökonomischen Instrument.

Besonders sichtbar wird der geopolitische Zugang der Anrainerstaaten in den Versuchen, unbewohnte Inseln wie die Spratly Islands, Paracel Islands oder den Scarborough Shoal zu beanspruchen und dadurch die AWZs zu erweitern. Dies resultiert darin, dass Staaten, besonders China, künstliche Inseln

¹ United Nations Convention of the Law of the Sea

² Commission on the Limits of the Continental Shelf

aufschütten und auf Basis dieser ihre Ansprüche erheben (Asia Maritime Transparency Initiative 2018). In diesem Kontext kommt es zu einem Konflikt zwischen geopolitischen Ansprüchen und geltendem Völkerrecht. Illustrativ ist dafür der bereits erwähnte Spruch eines Schiedsgerichtes im Jahr 2016, der festhielt, dass die Ansprüche, welche China auf Basis der Neun-Punkte-Linie geltend gemacht hatte, mit UNCLOS unvereinbar sind (Rolf und Agnew 2016: 258). Dies wurde damit begründet, dass die Inseln nicht bewohnbar sind und damit nicht als Territorium gelten. Daran zeigt sich ein besonders problematischer Aspekt von Geopolitik – Geographie wird lediglich genutzt, um ökonomische Ansprüche zu rechtfertigen. Beispielsweise wird der Anspruch auf Inseln, selbst künstlich aufgeschüttete, nicht erhoben, um tatsächlich Macht über Territorien auszuüben, sondern nur, um rechtskonformen Zugriff auf Ressourcen zu erlangen, die nicht eindeutig durch nationalstaatliche Grenzen zuordenbar sind.

Der Fall des Südchinesischen Meeres illustriert drei Aspekte von Geopolitik. Erstens wird sichtbar, dass Geopolitik insbesondere ein Instrument ist, welches ökonomische Vorteile durch Ressourcenzugriff schaffen soll. Zweitens erzeugt Geopolitik Rivalitäten, die vor allem durch das Völkerrecht geregelt werden müssen, allerdings auch zu einer Militarisierung von Konflikten beitragen und Eskalationspotenzial bieten. Drittens wird die Bedeutung (fehlender) Grenzziehungen sichtbar, da die territorialen Ansprüche nicht vollständig durch UNCLOS geklärt werden können und so Konflikte entstehen. Das Südchinesische Meer stellt somit ein Beispiel dar, in dem Geopolitik durchaus als zentrales Erklärungsmuster dienen kann. Allerdings zeigt dieser Fall keine Rückkehr, sondern eher eine gewisse Persistenz der Geopolitik unter neuen ökonomischen und rechtlichen Bedingungen. Die Problematik besteht hier aber nicht im Versuch, souveräne Nationalstaaten ganz oder teilweise unter eine bestimmte Einflussphäre zu subsumieren, sondern in der fehlenden Demarkationslinie und einem ungenügenden rechtlichen Rahmen als treibende Kraft hinter vornehmlich regionalen Konflikten.

Grenzsicherheit im 21. Jahrhundert: Auflösung des geopolitischen Primats in der Grenzpolitik

Wie der Fall des Südchinesischen Meeres gezeigt hat, spielen Grenzen eine zentrale Rolle in der Demarkation souveräner Territorien, insbesondere wenn es um Fragen von Zugang zu Rohstoffen geht. Auch erzwungene Verschiebungen von Grenzen, wie durch die Annexion der Krim, illustrieren eine geopolitische Bedeutung dieser. Allerdings wird insbesondere in der Frage der Sicherung von Grenzen die immer geringer werdende geopolitische Bedeutung von Grenzen als Demarkation souveräner Territorien sichtbar. Wie Agnew (1994) in seinem Text über die „Territoriale Falle“ („*territorial trap*“ i.O.)

argumentiert, können Fragen der internationalen Beziehungen, zu denen Grenzsicherheit auch zählt, durch Geographie und davon abgeleitete Geopolitik allein nicht mehr erklärt werden.

Während in den traditionellen Territorialkonflikten Grenzen nicht nur als Demarkation, sondern auch als Sicherungslinie gegen Invasionen von außen galten, repräsentieren sie im modernen Staatsverständnis Trennlinien verschiedener politischer Systeme und souveräner Regierungen. Dies hat jedoch nicht nur ihre Bedeutung, sondern auch die Art ihrer Sicherung verändert. Während traditionelle Territorialkonflikte militarisierten Grenzschutz erforderten, hat sich Grenzsicherheit durch die veränderte Bedrohungslage gewandelt. Die Bekämpfung von irregulärer Migration, dem Schmuggel von Waffen und Drogen und die Kontrolle der Mobilität von potenziell gefährlichen Personen (beispielsweise Terroristen) sind die vordergründigen Sicherheitsinteressen von Staaten an ihren Grenzen. Laut Andreas (2003) hat hierbei ein wichtiger Wandel stattgefunden – Grenzsicherheit wurde von einer militärischen Aufgabe zu einer Polizeiaufgabe. Durch die verschiedenen Krisen an den Grenzen, insbesondere die sogenannte Migrationskrise von 2015 oder auch die anhaltenden Migrationsbewegungen an der Grenze zwischen den USA und Mexiko, kam es in den vergangenen Jahren jedoch wieder verstärkt zu Militarisierungstendenzen (Jones und Johnson 2016).

Grenzen sind aber generell von puren Demarkationslinien zu Räumen oder Zonen geworden. Sie sind Zonen von Kontrolle (Walters 2006) oder auch Zonen der Exklusion (Basaran 2008). Diese basieren zwar auf geographischen Annahmen, die verschiedenen Praktiken der Grenzsicherung lassen sich allerdings nicht auf geopolitische Interessen zurückführen. Progressiv zunehmende Mobilität, sowohl von Personen als auch Gütern, beispielsweise vereinfacht durch das Schengener Abkommen, steigert die Bedeutung von Kontrolle und Exklusion an den Grenzen – im Falle der EU an den Außengrenzen des Schengen-Raums. Zwar sind diese durch die Geographie determiniert, definieren sich jedoch nicht geopolitisch, sondern insbesondere sicherheitspolitisch durch die Praktiken der EU-Grenzschutzagentur Frontex (Léonard 2010) oder identitätspolitisch (Makarychev 2018) im Sinne des Narrativs der „Festung Europa“. Auch in anderen Fällen, wie beispielsweise im Nahen Osten (Meier 2018) oder an der afghanisch-pakistanischen Grenze (Raza und Shapiro 2019) spielen Sicherheit und Identität eine große Rolle in der Grenzpolitik. Geopolitische Machtansprüche, wie in den anderen beiden Fällen, geraten weltweit in vielen Grenzregionen in den Hintergrund, das Narrativ der Kontrolle dominiert.

Diese Verschiebung von Verteidigung in Richtung Kontrolle hat andere zentrale Veränderungen mit sich gebracht, welche Grenzpolitik weit von der Geopolitik entfernt haben. Einer der dominantesten Entwicklungen ist jene der Technologisierung der Grenzen und der Einsatz verschiedener, insbeson-

dere digitaler Technologien, um Mobilität zu kontrollieren (Hall 2017). Systeme wie die Reiseregistrierung ESTA in den USA oder ETIAS in der EU, biometrische Pässe und Datenbanken (z.B. das Visa Information System oder das Schengen Information System, siehe Jeandesboz 2016) tragen dabei zu einer Ent-Lokalisierung und Entterritorialisierung von Grenzen bei. Durch Datenbanken und biometrische Pässe werden Flughäfen wichtige Kontrollpunkte, durch Systeme wie ESTA/ETIAS finden Grenzkontrollen de facto bereits vor der Abreise statt.

Ähnliche Tendenzen lassen sich durch die Externalisierung von Grenzsicherheit erkennen. Wie Lemberg-Pedersen (2013, 2015) beschreibt, wird dadurch Kontrolle von Grenzen vom Territorium entkoppelt und an andere Akteure, beispielsweise private Sicherheitsfirmen oder an Staaten, die entlang wichtiger Migrationsrouten liegen, beispielsweise Mexiko oder die Staaten Nordafrikas und des Westbalkans ausgelagert. Ein Beispiel dafür ist die 2019 initiierte Operation der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex in Albanien, die erste nicht auf EU-Territorium durchgeführte Operation. Auch hier werden Grenzen von ihren geographischen Lokalitäten entkoppelt.

Daher ergeben sich zwei Betrachtungsweisen auf Grenzschutz, die geeignetere Linsen zur Analyse darstellen, als Geopolitik. Erstens lässt sich die Grenze und ihre Sicherung als ein Resultat von Praktiken (Côté-Boucher et al. 2014) oder sogar als „Methode“ (Mezzadra und Neilson 2013) analysieren. Grenzen sind demnach Apparate von Instrumenten, die die Kontrolle von Mobilität von Menschen und Gütern sicherstellen sollen, Grenzsicherheit wird erst durch spezifische Sicherheitspraktiken erzeugt. Auf Basis dieser Betrachtungsweise lässt sich Grenzschutz zweitens als Biopolitik (Vaughan-Williams 2015) konzeptualisieren, durch diese Betrachtungsweise geraten MigrantInnen als Personen in den Mittelpunkt, Grenzschutz bezieht sich hier nicht auf territoriale Grenzen, sondern auf die Kontrolle und Überwachung von Individuen vor, an und abseits der Grenze.

Dennoch gibt es auch geopolitische Blickwinkel auf Grenzen (Van Houtum 2005), die sich besonders mit dem Zusammenhang von Grenzen und Territorien beschäftigen. Wendy Brown (2010) beschreibt den Aufbau von Mauern und Zäunen als Techniken der Abgrenzung und der territorialen Souveränität, dieser Diskurs wird insbesondere durch die Grenzpolitik Donald Trumps oder den Zäunen in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla wieder deutlicher. Geopolitik spielt hier dennoch eine eher untergeordnete Rolle und die Narrative von Kontrolle und Identität im Kontext von Entterritorialisierung dominieren.

Conclusio

Die Debatte um die „Rückkehr der Geopolitik“, die in erster Linie aus einer US-amerikanischen Perspektive geführt wird, verweist auf zentrale Verschiebungen im internationalen System, aber auch auf Veränderungen in der (Selbst-)Wahrnehmung des Westens angesichts eines befürchteten Endes der liberalen Weltordnung. Geopolitik ist daher nicht einfach „zurück“, sondern wird angesichts sich wandelnder Bedingungen wieder zu einem plausibleren und attraktiveren Erklärungsmuster, vor allem für jene, die der außenpolitischen Orientierung auf kooperative „global governance“ kritisch gegenüberstehen. Angesichts der starken Verankerung geopolitischer Sichtweisen in US-amerikanischen Kontexten ist es für völlig anders positionierte Staaten wie Österreich wenig sinnvoll, diese Sichtweisen gänzlich zu übernehmen. Eine kritische Perspektive auf aktuelle Konflikte und Fragen im internationalen System, die die regionalen Verhältnisse sowie dem geopolitischen Trend gegenläufige Prozesse berücksichtigt, bleibt daher auch angesichts neuer Rivalitäten auf der Weltbühne relevant.

Dass mächtige und vor allem militärisch starke Staaten wie Russland, die USA und China geopolitisch denken und handeln und ihre Machtansprüche geographisch rechtfertigen, ist eine Konstante in deren Außenpolitik. Der zunehmende geopolitische Fokus in der westlichen Interpretation des Weltgeschehens entspringt den Machtansprüchen konkurrierender Staaten und deren zunehmender militärischer Stärke. Aber internationale Politik kann nicht auf Territorien und Geographie, Nationalstaaten und Einflussphären beschränkt werden. Dies verdeutlichen auch unsere drei Fallbeispiele: Zwar zeigen sie die produktiven Möglichkeit einer geopolitischen Betrachtungsweise auf, letztlich wird allerdings auch sichtbar, welche Limitationen mit dieser analytischen Linse einhergehen. Die Fälle repräsentieren keine „Rückkehr der Geopolitik“, sie zeigen eher, dass Geographie für die internationalen Beziehungen immer eine gewisse Rolle spielen wird, in manchen Fällen wie in jenem des Südchinesischen Meeres eine größere, in der Grenzpolitik dafür eine geringere. Eine wichtige Erkenntnis aus den Fallstudien ist auch, dass es nicht nur eine Form von Geopolitik gibt, sondern Geopolitik als analytische Perspektive für viele verschiedene Entwicklungen angewandt werden kann und dabei unterschiedliche Aspekte illustriert: die weiterhin zentrale Bedeutung des Staates in der internationalen Politik, die Hinwendung zu „hard power“ Konzepten in der Außenpolitik oder die Rolle von Territorialität für die Gestaltung internationaler Beziehungen. In jedem Fall kann Geopolitik nicht isoliert von anderen Gegebenheiten, beispielsweise identitätspolitischen Konflikten, ökonomischen Motiven oder technologischen Entwicklungen, betrachtet werden. Eine einseitige Entscheidung für oder gegen eine geopolitische Lesart aktueller Prozesse im internationalen System kann der Komplexität vieler herausfordernder Transformationen und Konflikte, wie etwa der anhaltenden Krim-Krise oder der ungelösten grenzpolitischen Fragestellungen in der EU, daher nicht gerecht werden.

Literatur

Agnew, J. (1994): The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory. *Review of International Political Economy* 1(1): 53-80.

Agnew, J. (2003): *Geopolitics. Re-visioning world politics*. London: Routledge.

Anderson, B. (1983): *Imagines Communities: Reflections on the origins and spread of nationalism*. London: Verso Books.

Andreas, P. (2003): Redrawing the Line: Borders and Security in the Twenty-First Century. *International Security* 28(2): 78-111.

Asia Maritime Transparency Initiative (2018): *China Island Tracker* <<https://amti.csis.org/island-tracker/china/>> (Zugriff 14.08.2019)

Basaran, T. (2008): Security, Law, Borders: Spaces of Exclusion. *International Political Sociology* 2(4): 339-354.

Biersack, J. und O'Lear, S. (2014): The geopolitics of Russia's annexation of Crimea: narratives, identity, silences and energy. *Eurasian Geography and Economics* 55(3): 247-269.

Binder, C. (2017): Border Disputes Through Ill-Defined Borders: Maritime Territorial Conflicts and Their Impact on Security. In: Günay, C. und Witjes, N. (Hrsg.): *Border Politics. Defining Spaces of Governance and Forms of Transgressions*: 33-50.

Blanchard, J. F. und Flint C. (2017): The Geopolitics of China's Maritime Silk Road Initiative. *Geopolitics* 22(2): 223-245.

Brown, W. (2010): *Walled States, Waning Sovereignty*. Cambridge: MIT Press.

Clover, C. (2016): The Unlikely Origins of Russia's Manifest Destiny. *Foreign Policy*, 27. Juli <<https://foreignpolicy.com/2016/07/27/geopolitics-russia-mackinder-eurasia-heartland-dugin-ukraine-eurasianism-manifest-destiny-putin/>> (Zugriff 22.08.2019)

Côté-Boucher, K., Infantino, F. and Salter, M.B. (2014): Border Security as Practice: An Agenda for Research. *Security Dialogue* 45(3): 195-208.

Dodds, K. (2005): *Global Geopolitics: A Critical Introduction*. Harlow: Pearson.

Ferguson, I. (2018): Between New Spheres of Influence: Ukraine's Geopolitical Misfortune. *Geopolitics* 23(2): 285-306.

Fisher, M. (2016): The South China Sea: Explaining the Dispute. *New York Times* <<https://www.nytimes.com/2016/07/15/world/asia/south-china-sea-dispute-arbitration-explained.html>> (Zugriff 14.08.2019).

Fukuyama, F. (1992): *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.

Götz, E. (2015): It's geopolitics, stupid: explaining Russia's Ukraine policy. *Global Affairs* 1(1): 3-10.

Guardian, The (2019): *US warship sails in disputed South China Sea amid trade tensions*. <<https://www.theguardian.com/world/2019/may/20/us-warship-sails-in-disputed-south-china-sea-amid-trade-tensions>> (Zugriff 14.08.2019).

Haffernan, M. (1998): *The Meaning of Europe: Geography and Geopolitics*. London: Hodder Arnold.

Hall, A. (2017): Decisions at the data border: Discretion, discernment and security. *Security Dialogue* 48(6): 488-504

Huntington, S. P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster.

Ikenberry, G. J. (2014): The Illusion of Geopolitics: The Enduring Power of the Liberal Order. *Foreign Affairs* May/June 2014.

Jeandesboz, J. (2016a): Smartening Border Security in the European Union: An Associational Inquiry. *Security Dialogue* 47(4): 292-309.

Jones, R. and Johnson, C. (2016): Border militarisation and the re-articulation of sovereignty. *Transactions of the Institute of British Geographers* 41(2): 187-200.

Kagan, R. (2015): The Weight of Geopolitics. *Journal of Democracy* 26(1): 21-31.

Kaplan, R. D. (2015): *Asia's Cauldron. The South China Sea and the end of a stable Pacific*. New York: Random House.

Kaplan, R.D. (2019): A New Cold War Has Begun. *Foreign Policy*. <<https://foreignpolicy.com/2019/01/07/a-new-cold-war-has-begun/>> (Zugriff 06.08.2019).

Lemberg-Pedersen, M. (2013): Private Security Companies and the European Borderscapes. In: Gammeltoft-Hansen, T. and Nyberg Sørensen, N. (2013) (eds.): *The Migration Industry and the Commercialization of International Migration*. London: Routledge: 152-172.

Lemberg-Pedersen, M. (2015): Losing the Right to Have Rights: EU Externalization of Border Control. In: Andersen, E. und Lassen, E. (Hrsg.): *Europe and the Americas. Transatlantic Approaches to Human Rights*. Leiden: Brill Nijhoff: 393-417

Léonard, S. (2010): EU Border Security and Migration into the European Union: FRONTEX and Securitisation through Practices. *European Security* 19(2): 231-254.

Makarychev, A. (2018): Bordering and Identity-Making in Europe After the 2015 Refugee Crisis. *Geopolitics* 23(4): 747-753

Mandelbaum, M. (2019): The New Containment. Handling Russia, China, and Iran. *Foreign Affairs* March/April 2014.

Mead, W. R. (2014): The Return of Geopolitics. The Revenge of the Revisionist Powers. *Foreign Affairs* May/June 2014.

Mearsheimer, J. J. (2014): Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin. *Foreign Affairs* September/October 2014.

Meier, D. (2018): Introduction to the Special issue: Bordering the Middle East. *Geopolitics* 23(3): 495-504

Mezzadra, S. and Nielsen, B. (2013): *Border as Method or the Multiplication of Labor*. Durham: Duke University Press.

Ó Tuathail, G. (1996): *Critical Geopolitics. The Politics of Writing Global Space*. London: Routledge.

Overhaus, M. (2017): »Hard Power« statt »Soft Power« US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Donald Trump. *SWP Aktuell 19* <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A19_ovs.pdf> (Zugriff 20.08.2019).

Raza, S. und Shapiro, M. J. (2019): Introduction: Politics on Border – Critical Reflections on the Pakistan-Afghanistan Borderland. *Geopolitics* 24(2): 277-283

Rolf, S. und Agnew, J. (2016): Sovereignty regimes in the South China Sea: assessing contemporary Sino-US relations. *Eurasian Geography and Economics* 57(2): 249-273.

Sassen, S. (2013): When Territory Deborders Territoriality. *Territory, Politics, Governance* 1(1): 21-45.

Van Houtum, H. (2005): The Geopolitics of Borders and Boundaries. *Geopolitics* 10(4): 672-679

Vaughan-Williams, N. (2015): *Europe's Border Crisis. Biopolitical Security and Beyond*. Oxford: Oxford University Press.

Walters, W. (2006): Border/Control. *European Journal of Social Theory* 9(2): 187-203.